Bewaffnete Organe und Aufstände

Stefan Schumacher

sicherheitsforschung-magdeburg.de
stefan.schumacher@sicherheitsforschung-magdeburg.de

PB Helmstedt



Teil I

Bewaffnete Organe unserer Deutschen Demokratischen Republik



Bewaffnete Organe

- Ministerium für Nationale Verteidigung (MfNV)
  - Nationale Volksarmee (NVA)
  - Grenztruppen der DDR (GT)
  - Zivilverteidigung der DDR (ZV der DDR)
- Ministerium des Inneren (MdI)
  - Deutsche Volkspolizei (DVP)
  - Kasernierte Einheiten des MdI (Bepo)
  - Transportpolizei (Trapo)
  - Kampfgruppen der Arbeiterklasse – dem Zentralkomitee der SED unterstellt, ausgebildet durch DVP
  - Kasernierte Volkspolizei (KVP) – ging 1956 in der NVA auf
- Ministerium für Staatssicherheit (MfS) insgesamt
- Ministerium für Außenhandel
  - die bewaffneten und entsprechend ausgebildeten Kräfte der Zollverwaltung.



NVA

- 1956 - 1990, Wehrpflicht 18 Monate
- Zuletzt 155.319 aktive Soldaten (0,95%)
- Aufbau unter Anleitung der UdSSR, Freiwillgenarmee bis Mauerbau 1961
- Rückgriff auf Wehrmachtsangehörige, meist aus sowjetischer Kriegsgefangenenschaft und auf Antifa-Schulen vorgebildet
- 01.01.1958: knapp 23% aller Soldaten ehem. Wehrmachtsangehörige
- bis 01.01.1960: alle Offze der Wehrmacht entlassen, Hälfte der NVA-Offze waren Mannschafter oder Uffz in der Wehrmacht



NVA

- diente der Machtabsicherung der SED im Inneren (Volksaufstand 1953)
- durch SED kontrolliert
- Alle Offze/Fähnr/BU SED-Mitglieder
- Konflikt zwischen mil. Professionalität und SED
- 1987: ca 12700 MfS IM, 1 IM/16 Soldaten oder ZA
- 1970/80 Professionalisierung
- Auslandseinsätze vor allem in Afrika, nur von UdSSR und Kuba übertroffen



NVA

- zur Niederschlagung des Prager Frühlings vorgesehen, aus pol. Gründen abgeblasen
- zeigte in Manövern sehr gute Leistungen, galt als stärkster Bündnispartner
- ermöglichte der SED-Führung mehr Freiräume in der Außenpolitik
- bis 1980 in Angola und Mosambik, Algerien, Libyen, Irak, Syrien, Südjemen, Äthiopien, Guinea-Bissau, Benin, Nigeria, in der damaligen Volksrepublik Kongo (Kongo-Brazzaville), Tansania und Sambia zwischen 100 (Nigeria) und etwa 2000 (Angola) Offiziere und Soldaten der Nationalen Volksarmee und des MfS stationiert gewesen
- Beratungs- und Ausbildungsmissionen
- Anfragen nach Kampfeinsätzen abgelehnt
- Ausbildung ausländischer Militärs in der DDR auf Kosten der DDR
- Offiziershochschule für ausländische Militärkader *Otto Winzer*

Spatis

- 24. Januar 1962: Wehrpflicht eingeführt
- 7. September 1964: Anordnung des MfNV zur Einführung von Baueinheiten
- in der Zwischenzeit: 1.550 Wehrpflichtige ihre Einberufung verweigert
- 18 monate Wehrdienst in Pioniereinheiten, Spaten als Symbol auf Schulterklappe
- Anfangs für mil. Bauprojekte eingesetzt, ab 1972 in der Wirtschaft
- Separierung von normalen Soldaten, Schikanen

Kampfgruppen der Arbeiterklasse

- paramilitärische Organisation von Beschäftigten in Betrieben
- in ihrer Freizeit mehrmals im Jahr (meist an Freitagen oder Wochenenden) zu militärischen Übungen und Schulungen in Uniform ausrückten.
- Kommandeursfunktionen waren SED-Mitgliedern vorbehalten
- Kampf gegen Saboteure und andere Feinde des Sozialismus
- bewaffneter Betriebsschutz
- Bereits im November 1988 stellte die Bezirksführung Leipzig der Staatssicherheit fest, dass die Kampfgruppen politisch nicht mehr zuverlässig seien



Grenztruppen

- am 1. Dezember 1946 gemäß Vorgabe der Alliierten aufgestellt
- als Deutsche Grenzpolizei
- am 15. September 1961 dem Ministerium für Nationale Verteidigung unterstellt
- Passkontrolleinheiten (PKE) der Hauptabteilung VI des MfS unterstellt
- Mit Einführung der Wehrpflicht in der DDR wurden ab April 1962 auch Wehrpflichtige im Rahmen der allgemeinen Wehrpflicht[2] zu den nunmehrigen Grenztruppen der DDR eingezogen
- Grenztruppen 1971 im Zuga der Abrüstung aus der NVA ausgegliedert
- 1989 durchschnittlich 44.000 Personen unter Waffen



MfS

- Nachrichtendienst und Geheimpolizei
- Regierungsinstrument der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands
- 8. Februar 1950 gegründet
- Schild und Schwert der Partei
- 1989: 91.000 hauptamtliche Mitarbeiter, zwischen 110.000 und 189.000 inoffizielle Mitarbeiter
- Schutzfunktion für staatliche Organe und Personen
- der größte geheimpolizeiliche Sicherheitsapparat in der Geschichte der Menschheit



Wachregiment Feliks Dzierzynski

- eigene militärisch-operative Truppe
- 11.000 Mann
- Anfang 1951 entstandene Wachbataillon A beim MfS
- Niederschlagung des Aufstands vom 17. Juni 1953 beteiligt
- militärisch-operativer Wach- und Sicherungsdienst (MOS) an Staats- und Parteieinrichtungen

Wachregiment Feliks Dzierzynski

- Sicherung von Großveranstaltungen (auch in Zivil)
- Sicherung der Wandlitzer Waldsiedlung (Wohnobjekt der Partei- und Staatsführung)
- Sicherung besonderer militärischer Anlagen (Führungseinrichtungen/Bunker)
- Bau der Bunkeranlagen (z. B. Objekt 5001 und 5005) durch das Baubataillon des Kommandos 4
- Sicherung und Bewachung von Bauplätzen und Anlagen des Ministeriums innerhalb und außerhalb von Berlin
- Spezielle Einheiten von Gruppen- bis Kompaniestärke unterstützten auch andere Hauptabteilungen des MfS in diversen Bereichen (z. B. Ehrenkompanie (28. und 29. MSK im 10. MSB), Übernahme spezieller Sicherungsmaßnahmen, Transportschutz, Ministerreserve (jeweils Kommando A und/oder 30. Mot. Schützenkompanie (MSK) im 10. Mot. Schützenbataillon (MSB)) Hundestaffel).



Offiziere im besonderen Einsatz

- hauptamtliche Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR
- meist in für die Auslandsaufklärung nutzbaren oder für sicherheitsrelevant erachteten Positionen im Staatsapparat eingesetzt
- durchsetzten wichtige Ministerien. Ämter und Positionen
- z.B. Schalk-Golodkowski

Teil II

Teilung



Deutsche Teilung

- Existenz zweier deutscher Staaten auf dem Gebiet Deutschlands im Zeitraum von 1949 bis zur Wiedervereinigung im Jahr 1990
- Ergebnis des Zweiten Weltkrieges sowie des anschließenden Kalten Krieges
- Abtrennung der Ostgebiete des Deutschen Reiches

Deutsche Teilung

- 1943 Teheran-Konferenz: Deutschland in den Grenzen von 1937 von Siegermächten besetzt und regiert, Stalin fordert Zerschlagung Deutschlands
- 1945 Konferenz von Jalta: Konflikt zwischen UdSSR und USA/UK um osteuropäische Satellitenstaaten, beginnender Kalter Krieg, Aufteilung Deutschlands in drei Besatzungszonen, Frankreich sollte zur vierten Besatzungsmacht werden
- 1945 Potsdamer Konferenz: Deutschland kapituliert, Streit um Reparationen, Aufteilung in Besatzungszonen, Frankreich blockiert im Kontrollrat

Deutsche Teilung

- 1948: Währungsreform in der TriZone
- 24. Juni 1948 bis 12. Mai 1949: Berlin-Blockade
- Gründung der Bundesrepublik Deutschland am 23. Mai 1949
- Gründung der Deutschen Demokratischen Republik am 7. Oktober 1949
- Hallstein-Doktrin: BRD setzte auf Alleinvertretungsanspruch
- 1972: Grundlagenvertrag

Teil III

Reparationen



Reparationen nach 1945

- deutsche Auslandsvermögen beschlagnahmt
- Schätzungen für das Auslandsvermögen von 315 Millionen US-Dollar bis zu 20 Milliarden Reichsmark
- Potsdamer Abkommen vom 2. August 1945: Demontagen und Sachlieferungen aus der jeweiligen Besatzungszone
- UdSSR sollte auch Reparationen aus anderen BZn erhalten, weigerte sich aber Lebensmittel dafür zu liefern
- der amerikanische Militärgouverneur Lucius D. Clay beendete am 25. Mai 1946 die Lieferungen auf das Reparationskonto der UdSSR
- FR und UK schlossen sich an
- Einschränkung und Aussetzung der Reparationen in der Tri-Zone bis zum Abschluss eines Friedensvertrages



Reparationen
DDR

- 2000 bis 2400 der wichtigsten und bestausgerüsteten Betriebe innerhalb der SBZ demontiert
- 11.800 Kilometer Eisenbahnschienen demontiert und in die Sowjetunion verbracht $\rightsquigarrow$ Reduktion um 48%
- Infrastruktur in der SBZ um ca. 30% gegenüber 1944 reduziert
- Ab Juni 1946 Verlagerung der Reparationen auf Entnahmen aus der laufenden Produktion
- zwischen 1946 und 1953 jährlich durchschnittlich 22% des BSP
- Ende der Entnahmen nach dem 17. Juni 1953
- Entnahmen entsprächen mindestens 14 Milliarden US-Dollar zu Preisen des Jahres 1938, cal 250 Milliarden US-Dollar in 2018
- 1953 hat die DDR die höchsten im 20. Jahrhundert bekanntgewordenen Reparationsleistungen erbracht



Reparationen
DDR

- Siegfried Wenzel, ehemaliger stellvertretender Vorsitzender der Staatlichen Plankommission der DDR:
- DDR: 99,1 Milliarden DM (zu Preisen von 1953)
- BRD: 2,1 Milliarden DM (zu Preisen von 1953)
- DDR: 97 bis 98 Prozent der Reparationslast Gesamtdeutschlands getragen
- pro Person also das 130-fache
- unterschiedliche Bezugsgrößen (Dollar, D-Mark, Reichsmark, Inflation) problematisch
- andere Quellen: 14 Milliarden US-Dollar für DDR, 12 Milliarden US-Dollar BRD
- Verschleppung von Facharbeitern in die UdSSR (z.B. Schott Jena)



Teil IV

17. Juni 1953



Volksaufstand

- 1952: 2. Parteikonferenz der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands
- planmäßiger Aufbaus des Sozialismus $\rightsquigarrow$ Sowjetisierung
- Neuorganisation der 5 Länder in 14 Bezirke
- Mittelschicht stärker drangsaliert, sollten zur Aufgabe der Selbständigkeit gedrängt werden
- Hohe Ausgaben für Rüstung, Reparationen und Aufbau der Schwerindustrie
- Stromabschaltungen und Mangelversorgung, Lebensmittelkarten bis 1958
- Tafel Schokolade: BRD 50 Pfennige, DDR 8 Mark
- Massive Abwanderung von Fachkräften in die BRD
- Erhöhung der Arbeitsnormen

Volksaufstand

- 16. Juni: Streik auf zwei Berliner Großbaustellen in der Stalinallee und am Krankenhausneubau Friedrichshain
- Protestzug zum Haus der Gewerkschaften des FDGB
- FDGB-Führer wollen nicht mit Streikenden sprechen
- Protestzug zurück zu den Baustellen, wächst immer weiter an
- Forderungen nach Generalstreik
- Berichte über Streik im RIAS

Volksaufstand

- Belegschaften vor allem großer Betriebe traten mit Beginn der Frühschicht in den Streik
- Protestzüge in Stadtzentren
- einzig RIAS berichtet über Ost-Berlin
- Streiks in 500 Orten
- Polizei überfordert, lief teilweise über
- 14:00 Uhr Erklärung des Ministerpräsidenten Otto Grotewohl im DDR-Rundfunk
  Rücknahme der Normenerhöhung
- Verhängung des Ausnahmezustands durch SMAD $\rightsquigarrow$ Kriegsrecht



Volksaufstand

- 55 Todesopfer durch Quellen belegt
- Etwa 20 weitere Todesfälle sind ungeklärt.
- 34 Demonstranten und Zuschauer von Volkspolizisten und sowjetischen Soldaten erschossen oder starben an den Folgen von Schussverletzungen
- 7 Todesurteile
- etwa zwanzig Rotarmisten, die sich geweigert haben sollen, auf die Aufständischen zu schießen, sollen hingerichtet worden sein



Teil V

BEATAUFSTAND



Protestlieder I

in der DDR?

- Oktoberklub: 1966 in Berlin gegründet
- Folk-Revival in den USA löste eine Welle von Protestliedern aus
- der kanadische Folksänger Perry Friedman hat seit 1960 Hootenannies veranstaltet
- unterstützt von FDJ und DT64 wurde der Hootenanny-Klub Berlin, war offen und zwanglos
- XI. Plenum der SED im Dezember 1965: Verbot von kritischer Kunst, Kampagne gegen Anglizismen (Ist es denn wirklich so ...)
- Umbenennung in Oktober-Klub
- Hootenanny-Bewegung wurde offiziell fortan »FDJ-Singebewegung«
- als »Modellfall« sozialistischer Kulturpolitik gefördert und vereinnahmt



Protestlieder II

in der DDR?

- linientrue Mitglieder, trotzdem in den Anfangsjahren hohe Resonanz
- später nur noch als simpel und phrasenhaft empfunden
- erhielt 1986 den Stern der Völkerfreundschaft
- Mitglieder u.a. Tamara Danz
- Sag mir wo du stehst



Protestlieder I

in der DDR?

- Leipziger Beatdemo: 31.10.1965
- erichtet gegen das staatliche Verbot von Beatmusik und zahlreichen Beatgruppen
- zehn Tage zuvor verhängte Verbot von 54 der 58 registrierten Leipziger Bands
- u.a. The Butlers (Klaus Renft)
- sofort nach Beginn durch VP und MfS aufgelöst
- Von 264 festgenommenen Demonstranten wurden 97 zur Zwangsarbeit in den Braunkohletagebau geschickt
- war die größte nichtgenehmigte Demonstration in der DDR nach dem 17. Juni 1953
- bis zum 7. Oktober 1977 (468 Festnahmen in Berlin)

Protestlieder II

in der DDR?

- hatte erhebliche Auswirkungen auf die Jugend- und Kulturpolitik der DDR-Führung
- Beat-Musik auch in der DDR immer populärer (Sputniks, Butlers, Diana-Show-Quartett)
- anfangs toleriert, da die Jugend die »Hausherren von morgen« sei
- Höhepunkt: das Pfingsten 1964 durchgeführte Deutschlandtreffen der FDJ
- Richtungsstreit in der DDR-Regierung, der Sicherheitssekretär des ZK der SED nutzt Ulbrichts Urlaub um gegen Beat-Gruppen wegen Rowdytums vorzugehen
- Konzert der Rolling Stones in der Westberliner Waldbühne am 15. September 1965 hilft den Hardlinern
- 2 Jugendliche fertigen in Handarbeit (!) Flugblätter mit Demo-Aufrufen an, haben kaum Reichweite



Protestlieder III

in der DDR?

- Lehrer und Funktionäre warnen Schüler vor der Teilnahme, es entsteht Reichweite
- 2000-2500 Jugendliche versammeln sich vor dem Neuen Rathaus
- MfS-Schema, Renft - Zwischen Liebe und Zorn; Rockballade vom kleinen Otto (1975)

Teil VI

Mauerschützen und Unrechtsstaat



Militärgerichtsbarkeit

Deutsche Demokratische Republik

- Sowjetische Militärtribunale von 1945-1955 auch für Deutsche in der SBZ/DDR zuständig
- verurteilten im 2. WK 157.000 Soldaten zum Tode
- 40-50 000 deutsche Zivilisten verurteilt, 3 301 Todesurteile gegen deutsche Zivilisten (!) in 1944-47, Vollstreckung in Moskau
- 1956 mit Gründung der NVA eingeführt
- Militärgerichte, Militärobergerichte und das Militärkollegium des Obersten Gerichtes der DDR
- Militärstaatsanwälte mit Untersuchungsführern (quasi KriPo)
- Militärrichter und -staatsanwälte waren Soldaten in Uniform
- Ab nach Schwedt!



Militärgerichtsbarkeit

Deutsche Demokratische Republik

- Sowjetische Militärtribunale von 1945-1955 auch für Deutsche in der SBZ/DDR zuständig
- verurteilten im 2. WK 157.000 Soldaten zum Tode
- 40-50 000 deutsche Zivilisten verurteilt, 3 301 Todesurteile gegen deutsche Zivilisten (!) in 1944-47, Vollstreckung in Moskau
- 1956 mit Gründung der NVA eingeführt
- Militärgerichte, Militärobergerichte und das Militärkollegium des Obersten Gerichtes der DDR
- Militärstaatsanwälte mit Untersuchungsführern (quasi KriPo)
- Militärrichter und -staatsanwälte waren Soldaten in Uniform
- Ab nach Schwedt!

Militärgerichtsbarkeit

Bundesrepublik Deutschland

- keine eigenen Wehrgerichte
- Truppendienstgerichte für Wehrdisziplinarordnung und Wehrbeschwerdeordnung zuständig
- Art. 96 Abs. 2 GG lässt Wehrstrafgerichte für V-Fall, Auslandseinsätze und Schiffe auf Hoher See zu
- bisher noch nicht genutzt
- Seit 1.4.2013 einheitlicher Gerichtsstand für Straftaten von Soldaten bei besonderer Auslandsverwendung in Kempten/Allgäu
- nicht-Existenz von Wehrgerichten in der Bevölkerung oft unbekannt

Befehl

Definition (Befehl)

Befehl ist der militärische Begriff für eine Anweisung zu einem bestimmten Verhalten, die ein militärischer Vorgesetzter einem Untergebenen schriftlich, mündlich oder in anderer Weise, allgemein oder für den Einzelfall und mit dem Anspruch auf Gehorsam erteilt (§2 Nr. 2 Wehrstrafgesetz).
Vor der Erteilung eines Befehls hat der befehlende Vorgesetzte zu prüfen, ob sein Befehl rechtmäßig, zweckmäßig und angemessen ist.

- Kommando: Befehl dessen Wortlaut festgelegt ist (Panzer Halt!, Augen Geradeaus!)
- Auftrag: nennen das zu erreichende Ziel und überlassen dem Empfänger die Wahl der Mittel und des Weges

- Rechtmäßigkeit ./. Verbindlichkeit
- Rechmäßigkeit nicht erfüllt: Befehl ist rechtswidrig aber *nicht* automatisch unverbindlich

Definition (Rechtmässigkeit)

Ein Befehl ist nur dann rechtmäßig, wenn er zu einem dienstlichen Zweck unter Beachtung der Gesetze, Dienstvorschriften und der Regeln des Völkerrechts erteilt wurde (§ 10 Abs. 4 Soldatengesetz). Darüber hinaus gebietet das Rechtsstaatsprinzip, dass ein Befehl die Grundrechte des Soldaten nicht unverhältnismäßig einschränken darf. Dabei sind der dienstliche Zweck und der Eingriff in die Rechte des Soldaten gegeneinander abzuwägen.

Unverbindlickeit:

- ein Befehl *muss nicht* ausgeführt werden, sofern er keinen dienstlichen Zweck erfüllt, gegen die Menschenwürde verstößt oder seine Befolgung für den Soldaten unzumutbar ist.
- ein Befehl *darf nicht* ausgeführt werden, wenn dessen Ausführung die Begehung einer Straftat (eine Ordnungswidrigkeit reicht nicht aus!) oder einen Verstoß gegen das humanitäre Völkerrecht darstellt.
- Befehlsnotstand nicht mehr möglich! (Eichmann-Verteidigung)
- Verantwortung für Befehle trägt stets der Vorgesetzte



Befehlsnotstand

- Begriff aus der Strafrechtspraxis
- formaler Befehlsnotstand: ein dienstlich bindender Befehl verstößt gegen das Recht
- Nötigungsnotstand: der Befehlsempfänger oder eine ihm nahestehende Person ist bei Nichtbefolgung des Befehls einer Gefahr für Leib, Leben oder Freiheit ausgesetzt
- §11 Abs. 2 SG verhindert Befehlsnotstand in der Bw
- Nötigungsnotstand schuldlos gem. §35 Abs. 1 Satz 1 StGB

Befehlsnotstand

Drittes Reich

Definition (§47 Militärstrafgesetzbuch)

(1) Wird durch die Ausführung eines Befehls in Dienstsachen ein Strafgesetz verletzt, so ist dafür der befehlende Vorgesetzte allein verantwortlich. Es trifft jedoch den gehorchenden Untergebenen die Strafe des Teilnehmers:
1. wenn er den ihm erteilten Befehl überschritten hat, oder
2. wenn ihm bekannt gewesen ist, daß der Befehl des Vorgesetzten eine Handlung betraf, welche ein bürgerliches oder militärisches Verbrechen bezweckte.

- Nachweis des Befehls schwierig - in dubio pro reo
- rechtswidrige Befehle oft nicht schriftlich oder genau erteilt
- »Pardon wird nicht gegeben«, »Freischärler mit äußerster Härte bekämpfen«



Befehlsnotstand

Mauerschützen

- §§26, 27 GrenzG-DDR (Einsatz der Schusswaffe zur Verhinderung drohender Verbrechen) »Schießbefehl«
- §258 Abs. 1 StGB-DDR: Amtsträger für Handlungen aufgrund von Befehlen nur dann strafrechtlich verantwortlich, wenn die Ausführung des Befehls offensichtlich gegen die anerkannten Regeln des Völkerrechts oder Strafgesetze verstoßen hätte
- 1972 trat die DDR der Europäischen Menschenrechtskonvention bei
- es existierte kein Befehlsnotstand an der Grenze
- aber: DDR kein Rechtsstaat, Schikanen bei Nichtbefolgung
- Begründung der offensichtlichen Rechtswidrigkeit des Schießbefehls auf 33 Seiten (!)

